

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 17.03.2020

Zur heutigen Ratssitzung äußern sich die beiden Mitglieder der Linksfraktion, Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Es ist richtig und wichtig gemeinsam und solidarisch Unterstützung für die von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen, Gaststätten und Kulturschaffende zu gestalten. Gleiches gilt für alle, für die nur noch Kurzarbeit möglich ist und jene, die sich jetzt um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern müssen. Bund und Land sind in der Pflicht, nicht nur Milliarden in Großkonzerne zu investieren, sondern den Fokus auf eben jene Gruppen zu legen. Die über Jahre chronisch unterfinanzierten Kommunen können hier nur in begrenztem Maße unterstützen - erneut rächt sich das Dogma der schwarzen Null und vor allem das Kaputtsparen im Gesundheitssektor sowie die Kommerzialisierung und Privatisierung von Krankenhäusern.

Wir danken allen, die im Gesundheitswesen arbeiten und nicht nur aktuell alles dafür geben, den Menschen die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie brauchen. Dank auch allen, die weiter dafür sogar, dass das alltägliche Leben in geordneten Bahnen ablaufen kann. Dazu gehört auch der vereinfachte Zugang zu Leistungen des Jobcenters. Wir möchten die Chance nutzen, alle dazu aufzurufen, solidarisch miteinander umzugehen und sich gegenseitig zu unterstützen. Doch Solidarität endet nicht an der Landesgrenze! Deswegen müssen wir uns ganz klar dafür einsetzen, dass Deutschland seinen Teil dazu beiträgt, die katastrophale Situation an der griechischen Grenze zu lindern. Dazu zählt neben umfassender humanitärer Hilfe auch die Aufnahme von Geflüchteten. Zahlreiche Kommunen, auch in Niedersachsen, haben die Bereitschaft signalisiert - diesem Appell muss sich auch die Friedensstadt Osnabrück nochmal mit Nachdruck anschließen.“